Nachrichten für Naunhof

und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Beucha, Borsdorf, Eicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteinberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Staudnitz, Threna usw.)

Dieses Blatt ist amtliches Organ des Stadtgemeinderates zu Naunhof; es enthält die Bekanntmachungen des Bezirksverbandes der Amtshauptmannschaft Grimma und des Finanzamtes zu Grimma.

Erscheint wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatl. Mk. 2500.— ohne Austragen, Post einschl. der Postgeb. monatl. freibl. Mk. 2750.— Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernruf: Amt Naunhof Nr. 2

Anzeigenpreise: Die 6gespalt. Petitzeile 400.— Mk., auswärts 500.— Mk. Amtl. Teil Mk. 800.—. Reklamezeile Mk. 800.—. Beilagegeb. nach Vereinbarung. Schwierig. Satz 50% Aufschlag. Annahme der Anzeig. bis 10 Uhr vormitt. des Erscheinungstages, größere noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Aufträge entgegen. — Bestellungen werden von den Austrägern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Druck und Verlag: Günz & Eule, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 75 — Mittwoch, den 27. Juni 1923 — 34. Jahrgang

Amtliches.

Das nachersichtliche Ortsgesetz der Stadtgemeinde Naunhof über die Erhöhung der Geldstrafen auf Grund des Geldstrafengesetzes vom 27. April 1923, das aufsichtsbehördlich genehmigt wurde, wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Naunhof, am 25. Juni 1923. **Der Bürgermeister.**

Ortsgesetz

der Stadtgemeinde Naunhof über die Erhöhung der Geldstrafen auf Grund des Geldstrafengesetzes vom 27. April 1923.

§ 1.

Alle in Ortsgesetzen, Regulativen und sonstigen Anordnungen der Gemeinde angedrohten oder festgesetzten Geldstrafen werden auf das Eintausendfache erhöht.

Höchstbetrag ist 75 000 Mk.

§ 2.

Dieses Ortsgesetz tritt mit seiner Bekanntmachung in Kraft.

Naunhof, am 2. Juni 1923.

Der Stadtgemeinderat.

Stpl. Willer.

1144 A.

Genehmigt

von der Amtshauptmannschaft zufolge Ermächtigung durch den Bezirksausschuß vom 31. Mai 1923 —593 A—.

Grimma, am 19. Juni 1923.

Die Amtshauptmannschaft.

Stpl. J. A. Dr. Liebig.

Zuschläge zur Grundmiete.

Vom 1. Juli 1923 ab gelten endgültig folgende Zuschläge zur Grundmiete:

a) für den Zinsendienst	100% =	1	Grundmiete,
b) für Betriebskosten	14300% =	143	Grundmieten,
c) für laufende Instandsetzungsarbeiten	10000% =	100	"
d) für große Instandsetzungsarbeiten	2500% =	25	"
zusammen	26900% =	269	Grundmieten.

Die Jahresmiete einer Wohnung beträgt demnach das 270-fache der Grundmiete.

Unter den vorgenannten Betriebskosten befinden sich 800% = 8 Grundmieten für den Verwaltungsaufwand des Vermieters bei Wohnräumen. Dieser Zuschlag für Verwaltungskosten beträgt bei Gewerberäumen mit einer Friedensmiete bis 170 Mk. jährlich 800% = 8 Grundmieten, von über 170 Mk. bis 800 Mk. jährlich einheitlich 1360 Mk., über 800 Mk. jährlich 200% = 2 Grundmieten.

Für die Betriebskosten und für die laufenden Instandsetzungsarbeiten besteht die Nachschußpflicht.

Naunhof, am 26. Juni 1923. **Der Bürgermeister.**

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Reichskanzler Dr. Cuno hielt bei der Eröffnung der landwirtschaftlichen Ausstellung auf der Königsberger Ostmesse eine politische Rede.
* Die Franzosen haben im Ruhrgebiet eine Verordnung über die Beschlagnahme von Kohlenlagern bekanntgegeben.
* Das Londoner Blatt „Observer" veröffentlicht aufsehenerregende Enthüllungen über die französischen Rheinlandpläne.
* Baldwin hat erklärt, daß ernsthafte Reparationsverhandlungen erst nach der Lösung der belgischen Ministerkrisis stattfinden können.
* Die Druckerei des „Volkswillens" in Münster i. W. wurde durch ein Dynamitattentat vollständig zerstört.
* Mit dem 25. Juni sind die Preise für Kohle um etwa 50 bis 60 % erhöht worden.

Tirard, Dorten & Co.

Maurice Barrès, wohl der nationalistischste der Nationalisten Frankreichs, hat im November 1920 an der Straßburger Universität fünf Vorträge im Sinne französischer Rheinlandkultur gehalten, und zwar trugen sie den Titel: „Le Génie du Rhin", was man am besten mit: „Der Geist der Rheinlandbevölkerung" übersetzen kann. Das Charakteristischste aus seinen Ausführungen ist die überall hervorleuchtende Anmaßung: Der französische Nationalismus vermindert die Ungerechtigkeit der Welt, Frankreich vertritt die völkerbefreiende lateinische Kultur, Deutschland ist der Hort der Rückständigkeit, und die Gründung des Bismarckreiches ist eine herausfordernde Beleidigung der französischen Lebensauffassung. Um leben zu können, um die französische Weltkulturmission zu erfüllen, bedarf es eines größeren Frankreich; das größere Frankreich aber ist — am Rhein.

Was damals Barrès unvorsichtig entwickelte, ist der geistige Untergrund für die französische Rheinlandpolitik, ein geistiger Untergrund, der auf eine siebenhundertjährige Vergangenheit seiner äußeren Formbildung zurückblickt. Es ist der Grundsatz der sogenannten „natürlichen Grenzen Frankreichs". Aus diesem geistigen Untergrunde sind die Verbindungen zu erklären, die Frankreich mit den rheinischen Separatisten einging, besonders mit Dorten u. Co., sind zu erklären aber auch die Enttäuschungen, weil „Le Génie du Rhin" eben ein ganz anderer ist, als er sich in französischen Köpfen malt.

Oft genug sind über diese heimlich-unheimlichen Bestrebungen Frankreichs im Rheinlande Enthüllungen zutage gefördert worden und die Bücher Dariacs mit der Einleitung Poincarés über die französischen Rheinlandpläne zeigten auch der Welt, was Frankreich wollte und will. Nun veröffentlicht die englische konservative Wochenschrift „Observer" einen Geheimbericht, der von dem französischen Oberkommissar im Rheinlande, Tirard, am 16. April dieses Jahres an das Auswärtige Amt in Paris abgesandt worden sei. Besonders pikant ist, daß es gerade der konservative, also nicht etwa franzosenfeindliche „Observer" ist, der die volle vier Seiten umfassende Denkschrift publiziert. Sie stellt einen Überblick über die Geschichte der Separationsbewegung Dr. Dortens dar und vor allem über die Beziehung der französischen Regierung zu diesen Bestrebungen. Tirard erklärt, daß er im Februar dieses Jahres die Beziehungen mit Dr. Dorten wieder aufnahm, nachdem er sie vorher abgebrochen habe. Schon das ist nicht ganz unwahrscheinlich. Denn die Besetzung des Ruhrgebiets hat ungefähr alles über den Haufen geworfen, was die Franzosen in vierjähriger mühsamer und kostspieliger Arbeit zur Pflege des „Génie du Rhin" im Rheinland aufgebaut hatten. Nach eineinhalb Monaten hofften sie aber durch die Terrorpolitik die Rheinlandbevölkerung wieder empfänglicher für ihre Pläne gemacht zu haben. Tirard hat ferner angeordnet, daß Frankreich Schutzmaßnahmen für das Leben Dr. Dortens treffen müsse, da dieser Führer des rheinischen Separatismus von den deutschen Nationalisten bedroht sei. Schritt für Schritt schildert der Bericht das Zusammenarbeiten Frankreichs mit Dorten; erst mit französischer Unterstützung war dieser in der Lage, Anhänger zu gewinnen, Propaganda zu treiben und Zeitungen zu gründen. „Offiziell" habe man natürlich nichts mit ihm zu tun. Ausführlich stellt der Bericht übrigens auch die finanziellen Beziehungen Dortens zu Frankreich dar, wobei dieser gegen den Vorwurf verteidigt wird, er habe das Geld auch für persönliche Bedürfnisse verwandt. Der Bericht kommt schließlich zu dem Schluß, daß es wünschenswert wäre, mit Dorten zu verhandeln nicht wie mit einer Großmacht, sondern wie mit einem Ratgeber, dessen Ratschläge nach ihrem Werte eingeschätzt werden.

Es gibt kaum eine glücklichere Minute als gerade die jetzige für die Veröffentlichung dieses Berichts. Selbstverständlich hat das französische auswärtige Ministerium sofort die Richtigkeit dieses Dokuments dementiert und behauptet, daß der gute Glaube des englischen Blattes getäuscht worden sei. Auch der Pariser „Temps" behauptet einfach, daß das Ganze das Werk untergeordneter französischer Agenten im Rheinlande sei, die durch Tirard zusammengefaßt seien. Das ist etwa der ganze Inhalt des französischen Dementis, an dessen Wahrheit niemand in der Welt glauben wird. Der „Matin" versucht sogar zu behaupten, die französischen Agentenberichte seien von Deutschen in Koblenz gestohlen und an den „Observer" weitergeleitet worden. Im übrigen behauptet der „Matin", daß in Berlin und London über eine selbständige Republik Ruhr- und Rheingebiet verhandelt werde, an dessen Spitze Adenauer, der Oberbürgermeister von Köln, stehen solle. Die ganze Aktion sei also nichts weiter als eine Intrige gegen Dorten. Überflüssig zu sagen, daß das Verlegenheitsgestammel des „Matin" eitel Lüge ist.

In England zweifelt man jedenfalls nicht an der Tatsächlichkeit der Mitteilungen, die gleichsam die Antwort sind auf die englische Note mit den Anfragen über das Ziel der französischen Rheinland- und Ruhrgebietspolitik. Und das ist die politische Wichtigkeit in der Veröffentlichung des „Observer", die wenige Tage früher erfolgt, als Poincaré diese Note mit gewundenen Redensarten beantworten wird. Die englische Presse stellt auch fest, daß man dem „Observer" dankbar sein müsse für die Veröffentlichung dieses Dokuments. Die „Westminster Gazette" erklärt deshalb auch eine Einigung zwischen Frankreich und England für unmöglich, wenn Frankreich, wie es dies oft zu tun scheine, die Reparationsfrage als untergeordnet ansehe und wirklich auf den Ruin Deutschlands und auf die dauernde Kontrolle von unzweifelhaft deutschem Gebiete aus sei. Sogar die „Daily News" erblicken in dem Bericht eine klare Bloßstellung des französischen Versuchs, einen neuen Staat im Rheinland zu errichten durch Intrigen mit dem rheinischen Separatistenführer Dorten.

Nun wird England auch allmählich wohl ein klares Bild über die „Sicherungspolitik" Frankreichs erhalten, für die sich ja noch Lord Curzon einsetzte. Sie ist nichts anderes als der Vorwand für die Verwirklichung dessen, was ein Barrès, ein Dariac und jetzt wieder Tirard anstreben, und die nichts anderes ist als eine Zerschmetterung Deutschlands.

Die Politik der praktischen Erwägung

Eine Kanzlerrede in Königsberg.

Reichskanzler Dr. Cuno nahm mit Staatssekretär Hamm und Reichsernährungsminister Dr. Luther an der Eröffnung der landwirtschaftlichen Ausstellung der Deutschen Ostmesse teil und hielt dabei eine wichtige politische Rede, in der er zunächst diejenigen Fragen eingehend behandelte, die die Stadt Königsberg und die Provinz Ostpreußen im besonderen berühren. Dann ging er auf die allgemeine politische Lage über und sagte u. a.:

Über den passiven Widerstand im Ruhrgebiet kann ich aus eigener Überzeugung und Erfahrung sagen, daß der Geist der Abwehr und der Wille zum Widerstand noch ebenso entschlossen und fest ist wie damals, als die fremden Truppen ihren Einzug hielten. Das gibt mir die Stärke und Hoffnung, daß, so unüberwindlich der Wille des Volkes an Ruhr und Rhein ist, so unüberwindlich auch in politischen und wirtschaftlichen Beziehungen sich die ganze Volksgemeinschaft erweisen wird. Daher muß unsere Politik eine aufrichtige und gerade, aber auch eine Politik sein, die darauf bedacht ist, die Leiden dieser echten deutschen Menschen nicht über Gebühr zu verlängern. Die Reichsregierung hat nicht gleichgültig und nicht leichten Herzens in der Ruhrfrage gehandelt. Sie hat aber keinen anderen Weg eingeschlagen, als dem Übermut der Feinde und der Willkür Poincarés und seiner Anhänger angesichts dieser rechtlosen Besetzung Deutschland ein „Nein" entgegenzurufen.

Doch nur solange soll dieses „Nein" gelten, als es im Interesse freier Wirtschaftsentwicklung und im Interesse der Unabhängigkeit und Souveränität Deutschlands unerläßlich ist. Daraus erklärt sich der Versuch der Regierung, eine Lösung für die Reparationsfrage zu finden. Es hat keinen Sinn, eine Politik der Ideale zu treiben mit Kräften, die zu schwach sind, sie zu verwirklichen. Wir brauchen eine Politik der praktischen Erwägung und Zweckmäßigkeit, eine Politik, die auf dem Boden der Tatsachen und des praktisch Erreichbaren steht.

Wäre es nicht schlimm, wenn die moralische Kraft derer, die im unbesetzten Gebiet sitzen, nicht dazu ausreichte, die Frage nach dem eigenen Ich und dem eigenen Wohlergehen in den Hintergrund zu rücken? Nicht der Gedanke an Gewinn und seine Sicherung darf voranstehen, sondern der Gedanke, wie wir Volk und Vaterland am besten dienen. Die Reichsregierung und ich sind willens, mit Rücksichtslosigkeit gegen die Kreise vorzugehen, die sich dieser Pflicht entziehen. Leben wir denn in einer normalen Wirtschaft oder ist es nicht so, daß wir unter dem außenpolitischen Druck, der auf uns lastet, gezwungen sind, schließlich auch Maßnahmen zu treffen, die ein gesundes wirtschaftliches Hirn in normalen Zeiten nicht erdenken würde? In der Frage der Ernährung ist das Schicksal des Volkes und damit auch das Schicksal der Landwirtschaft selbst in die Hand der Landwirte gelegt. Ich darf erwarten, daß Sie alles tun werden, diese große und ernste Aufgabe unserem Volk gegenüber so gut zu erfüllen, wie es nur möglich ist.

•

Minister Luther über die Ernährungspolitik.

Bei der Eröffnung der Landwirtschaftsausstellung hielt auch der Reichsernährungsminister Dr. Luther eine Rede, in der er sagte: Für unser innerpolitisches Leben gibt es nichts wichtigeres als die Arbeitsgemeinschaft von Stadt und Land. Wenn vor wenigen Tagen im Deutschen Reichstag das Gesetz über die Brotversorgung für das nächste Wirtschaftsjahr fast einstimmig von Sozialdemokratie bis zu den Deutschnationalen angenommen worden ist, so ist das ein Beweis dafür, wie sich unser Volk mehr und mehr auf die Notwendigkeit einstellt, daß wir mit gemeinsamen Mitteln dem gemeinsamen Ziele zustreben müssen. Wir müssen auf der einen Seite alles tun, um die landwirtschaftliche Produktion zu steigern, und dazu müssen wir in der Brotgetreidewirtschaft die freie Wirtschaft haben; wir müssen auf der anderen Seite dafür sorgen, daß den Bedürftigsten unseres Volkes der Brotankauf auch künftig möglich ist, und das muß geschaffen werden aus Mitteln der Besitzenden. Beide Probleme sind jetzt miteinander verbunden und gemeinschaftlich gelöst.

Beschlagnahmte Kohlenlager.

Eine neue Raub-Verordnung.

Der französische Oberkommandierende der Besetzungstruppen hat eine neue Verordnung erlassen, wonach alle Kohlenlager im besetzten Gebiet, deren Ausbeutung die französisch-belgische Kontrollkommission für notwendig erachtet, beschlagnahmt werden. Den Direktoren der Fabriken und Bergwerke wird nicht mehr gestattet, den Kohlenvorräten irgendetwas zu entnehmen. Ausnahmen können nur mit besonderer Genehmigung gestattet werden. Bei Zuwiderhandlung gegen die Verordnung sowie für den Fall, daß den französisch-belgischen Feststellungs- oder Überwachungsorganen Hindernisse in den Weg gelegt werden, soll Geldstrafe von mindestens hundert Millionen Mark, sowie Gefängnisstrafe bis zu fünf Jahren oder eine dieser beiden Strafen verhängt werden. Auch die Angestellten eines Unternehmens, die es an der Überwachung haben fehlen lassen, soll die gleiche Strafe treffen.

•

Der Franzosenzoll wird nicht bezahlt.

Gegen den neuen Zoll für Waren, die aus dem unbesetzten Deutschland nach dem besetzten gehen, verhalten sich maßgebende deutsche wirtschaftliche Kreise, insbesondere Westdeutschlands, im Einvernehmen mit der deutschen Regierung vollständig ablehnend. Gewisse Waren, namentlich Lebensmittel und Rohstoffe, sind zollfrei. Im übrigen wird aber keinerlei Einfuhrbewilligung bei den fremden Behörden beantragt oder an sie der neue Sanktionszoll gezahlt werden, selbst wenn auch deshalb wirtschaftliche Betriebe im Westdeutschland zum Erliegen kommen sollten.

SLUB
Wir führen Wissen.